Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	GB 1 Stadtentwicklung, Bauen und Mobilität
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 104 - Straßen und Verkehr
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Daniela Kranz 563 5398 daniela.kranz@stadt.wuppertal.de
	Datum:	12.02.2025
	Drucks.-Nr.:	**VO/0134/25** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
25.03.2025	**Ausschuss für Verkehr**	**Entscheidung**

Abschlussbericht Machbarkeitsstudie für eine Veloroute zwischen Wuppertal - Ennepe-Ruhr-Kreis - Hagen

Grund der Vorlage

Der Ennepe-Ruhr-Kreis, die Stadt Hagen sowie die Stadt Wuppertal haben eine Machbarkeitsstudie für eine schnelle Radverkehrsverbindung zwischen den beiden Städten durch den Kreis in Auftrag gegeben. Die beauftragte Machbarkeitsstudie wurde mit den Druckvorlagen VO/0442/22 und VO/01277/22 beschlossen.
Der Endbericht liegt nun vor.

Beschlussvorschlag

1. Der Endbericht der Machbarkeitsstudie wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, sich zusammen mit den projektbeteiligten Kommunen hinsichtlich eines Folge-Kooperationsvertrages abzustimmen.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Ohrndorf

Begründung

<u>Rückblick:</u>

Der Ennepe-Ruhr-Kreis sowie die Städte Hagen und Wuppertal wollten die Idee prüfen, eine direkte und schnelle Radwegeverbindung zwischen den beiden Großstädten und dem südlichen Kreisgebiet herzustellen. Dies ist im Rahmen einer Machbarkeitsstudie, die federführend vom Ennepe-Ruhr-Kreis betreut und vom Ingenieurbüro IGS erstellt wurde, erfolgt. Die drei Kooperationspartner wurden dabei an den Kosten äquivalent zum relativen Streckenanteil des Untersuchungskorridors auf eigenem Stadtgebiet beteiligt.

Mittels der Drucksachen VO/0442/22 und VO/01277/22 wurde der Ausschuss für Verkehr über die o.g. Machbarkeitsstudie informiert.

Kurzbericht zur Machbarkeitsstudie:

Ziel dieser Machbarkeitsstudie war es, eine verlässliche Aussage zu erhalten, ob und in welchem Umfang die vom Radroutenplaner NRW vorgeschlagenen Wegstrecken – als Ausgangspunkt der Untersuchung möglicher Varianten – geeignet sind, zu einer schnellen interkommunalen Radverbindung ausgebaut zu werden und damit das Radvorrangroutennetz der Region leistungsfähig zu machen.

Die Machbarkeitsstudie soll nun als erste Planungsgrundlage für die weitere Entwicklung der Veloroute dienen, die Abschätzung des Planungs- und Investitionsaufwandes ermöglichen und als Basis für die weitere interkommunale Abstimmung und Gespräche mit potenziellen Fördergebern genutzt werden.

Im Zuge der Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie wurden zunächst durch eine Beteiligung der Projektgruppe Trassenvarianten erarbeitet und für diese eine Bestandsaufnahme und -analyse durchgeführt. Es wurde daraufhin ein Bewertungsraster erstellt, welches sich an den

- Kriterien zur Überprüfung der Anforderungen an Radvorrangrouten der H RSV („Hinweise zu Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV))
- Kriterien der Raumstruktur (bspw. Anbindung an POIs, Umweltverträglichkeit), Netzstruktur (bspw. Umwegfaktor, Aus- und Neubaubedarf zum Erreichen der Qualitätsstandards), Verkehrsumgebung (bspw. Soziale Sicherheit, Konflikte mit dem Kfz-Verkehr), Kosten & Umsetzbarkeit sowie den
- Ergebnissen der Beteiligung orientiert.

Die Kriterien wurden in Absprache der Kooperationspartner unterschiedlich gewichtet. Anhand dieser Bewertung wurde die Vorzugsroute der Veloroute festgelegt.

Die Ausarbeitung der Vorzugstrasse erfolgte anhand der bereits erarbeiteten ersten Maßnahmenvorschläge und wurde in Hinblick auf vorhandene Flurstücke, die Straßenraumbreite und möglichen Grunderwerb finalisiert. Das Ergebnis ist ein umfangreiches Maßnahmenkataster mit Datenblättern für die einzelnen Abschnitte der Veloroute, einem Kartenwerk sowie einzelnen Prinzipskizzen für abgestimmte Konfliktbereiche (s. Anlagen).
Ebenso wurde eine Potenzialanalyse auf Grundlage des Landes-Verkehrsmodells LVM-NRW durchgeführt. Anhand der vorhandenen Bestandsdaten, der erforderlichen Qualitätsstandards für die Veloroute sowie den daraus resultierenden Maßnahmen wurden Kostenschätzungen getätigt. Mithilfe dieser Kostenschätzung sowie der durchgeführten Potenzialanalyse wurde das Nutzen-Kosten-Verhältnis ermittelt.

Die Machbarkeitsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass im betrachteten Korridor zwischen Wuppertal und Hagen ein hohes Potenzial für die Umsetzung einer Radvorrangroute vorhanden ist. Die Kosten für die abgeleiteten Maßnahmen, die für die Herstellung der Veloroute notwendig sind, wurden in Bezug zu den Nutzen, die die Veloroute mit sich bringt, gesetzt. Das daraus resultierende Nutzen-Kosten-Verhältnis von 3,81 zeigt, dass das Projekt der Veloroute als sehr wirtschaftlich eingestuft werden kann. Der Nutzen, der durch die

Veloroute entsteht, übersteigt deutlich die dafür notwendigen Kosten und somit ist die Einrichtung der Veloroute zwischen Wuppertal und Hagen die zum Großteil durch den Ennepe-Ruhr-Kreis verläuft, zu empfehlen.

Details können den Anlagen 01 bis 04 entnommen werden.

Weiteres Vorgehen:

1. Die Städte Hagen und Wuppertal sowie der Ennepe-Ruhr-Kreis informieren die zuständigen politischen Gremien über die Fertigstellung der Machbarkeitsstudie.

2. Ein Folge-Kooperationsvertrag für die Weiterführung des Projektes ist empfehlenswert, um die Zusammenarbeit bei der weiteren Planung des Vorhabens zu regeln. Dazu zählen insbesondere die Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens zur Beauftragung von Planungs- und Steuerungsleistungen, die Aufteilung der Kostenanteile zur Finanzierung des Projekts sowie die beabsichtigte Einbindung weiterer Partner in die Zusammenarbeit

Durch die gemeinsame Bearbeitung der weiteren Planungsschritte wird nicht nur die regionale Kooperation zwischen den Vertragspartnern gestärkt, sondern es ergibt sich auch eine stärkere Position gegenüber Dritten, z.B. Fördermittelgebern und anderen Baulastträgern. Im Sinne der Wirtschaftlichkeit wird angestrebt, für den anschließenden Bau der Veloroute, welcher nicht Teil dieses Kooperationsvertrags ist, Fördermittel zu akquirieren und damit die entstehenden Planungskosten zu refinanzieren.
Die Beauftragung eines externen Dienstleisters entlastet die jeweiligen Verwaltungen und dient der Einheitlichkeit der Planung, wie auch der gemeinsamen Taktung des Planungsfortschritts und des notwendigen Vorlagenmanagements.

3. In Abhängigkeit des Beschlusses dieser Vorlage wird bis Ende des Jahres ein Folge-Kooperationsvertrag abgestimmt und die politischen Gremien mittels einer Drucksache darüber informiert.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

☐ neutral /nein

x ja, positive Auswirkungen

☐ ja, negative Auswirkungen

Begründung: Förderung der emissionsfreien Mobilität.

Kosten und Finanzierung

entfällt

Zeitplan

s. Punkt 3. weiteres Vorgehen

Anlagen

Anlage 01 - Endbericht

Anlage 02 - Kurzfassung Endbericht
Anlage 03 - Maßnahmenkataster
Anlage 04 - Kartenwerk